

K-1-global Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 21.06.2023
Tagesordnungspunkt: 4. Klimaschutz

Antragstext

1 Bis spätestens 2040 wollen wir in Rheinland-Pfalz (RLP) klimaneutral werden. Es
2 gilt, den kritischen Zeitpunkt für das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele
3 nicht zu verpassen. Für eine lebenswerte Zukunft in RLP müssen wir jetzt die
4 richtigen Weichen stellen, um unsere Städte und Dörfer klimaneutral zu gestalten
5 und ihre Resilienz für die immer häufiger auftretenden Klimawandelfolgen zu
6 stärken. Robert Habeck hat mit seinem Ministerium durch ein beherztes und
7 kompetentes Handeln innerhalb von kürzester Zeit unsere Versorgungssicherheit
8 und die unserer Wirtschaft wieder gewährleistet. Gleichzeitig muss klar sein,
9 dass fossile Energiepartnerschaften, insbesondere solche mit autokratisch
10 regierten Staaten, nur zur Wahrung des Allgemeinwohls und in absoluten
11 Ausnahmesituationen (wie z.B. in Krisenlagen) eingegangen werden dürfen. Fossile
12 Energiepartnerschaften sind weder klimapolitisch noch wirtschaftlich oder
13 gesellschaftspolitisch nachhaltig. Wenn die Ausnahmesituation beendet ist,
14 müssen diese daher schnellstmöglich beendet werden. Unser politischer Auftrag
15 ist es, durch beherztes und konsequentes Handeln dafür zu sorgen, dass wir uns
16 aus dieser für unsere Volkswirtschaft und unser Klima so gefährlichen
17 Abhängigkeit von fossilen Energieträgern so schnell wie möglich lösen.

18 Gemäß des Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode (2021-2026) gilt es,
19 das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und dadurch eine
20 nachhaltige Zukunft für RLP zu gewährleisten. Der jüngste IPCC-Sachstandsbericht
21 hat die Dringlichkeit für konkrete Maßnahmen hervorgehoben. Schon jetzt sind die
22 Folgen der fortschreitenden Klimakrise in RLP mit zunehmenden
23 Extremwetterereignissen spürbar und die 15 wärmsten Jahre seit Beginn unserer
24 Aufzeichnungen verzeichnen wir in RLP in den letzten 30 Jahren. Und auch die
25 energiewirtschaftlichen Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands
26 gegen die Ukraine haben deutlich gemacht, dass Klimaneutralität und die
27 zukünftig vollständige Ausrichtung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare
28 Energien nicht nur eine klimapolitische, sondern auch eine sicherheitspolitische
29 sowie soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Für die
30 Versorgungssicherheit der Menschen müssen wir den Klimaschutz nach vorne
31 stellen, Kommunen bei Klimaschutzmaßnahmen vor Ort unterstützen und die
32 Umsetzung sozial gerecht gestalten.

33 Der aktuelle rheinland-pfälzische Klimabericht 2022 zeigt, dass die angestrebte
34 Reduktion der Treibhausgasemissionen verfehlt wurde und seit 2015 eine
35 Stagnation in den verschiedenen Sektoren zu verzeichnen ist. In den Sektoren
36 Gebäude und Verkehr mit jeweils rund einem Viertel und im Sektor Industrie mit
37 gut einem Drittel der Emissionen in RLP müssen erheblich größere Anstrengungen
38 unternommen werden, damit RLP möglichst schnell, spätestens jedoch 2040, die
39 Klimaneutralität erreichen kann.

40 Denn eins ist uns bewusst: Klimaschutz passiert vor Ort und ganz konkret und
41 jeder kann daran teilhaben und wird davon profitieren. Deshalb wollen wir unsere
42 Kommunen weiterhin unterstützen und ihnen, z. B. im Rahmen des kommunalen
43 Investitionsprogramms für Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und des Kommunalen
44 Klimapakts (KKP), die notwendigen Ressourcen an die Hand geben. Mit KIPKI haben
45 wir ein bundesweit einmaliges Investitionsprogramm in Höhe von einer viertel
46 Milliarde Euro auf den Weg gebracht, mit dem unsere Kommunen einfach,
47 unbürokratisch und schnell in Klimaschutz investieren können. Das ist
48 Klimaschutz, der vor Ort ankommt und die kommunale Selbstverwaltung ernst nimmt!

49 Für uns GRÜNE gilt: In allen Sektoren müssen wir jetzt verbindlich Klimaschutz
50 umsetzen. Dies betrifft den notwendigen Aufbau von Anlagen zur Erzeugung und
51 Speicherung Erneuerbarer Energien. Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss
52 beschleunigt und prioritär vorangetrieben werden. Aber auch bei der Bewältigung
53 großer „Klima-Brocken“ wie den Sektoren Verkehr und Gebäudeenergie braucht es
54 klare Regulierungen und große finanzielle Anstrengungen, die nur gemeinsam mit
55 dem Bund zu bewältigen sind. Um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen,
56 ist es erforderlich, nicht nur die Wärmewende voranzutreiben, sondern auch das
57 Bauen generell auf eine nachhaltige, klimafreundliche und ressourcenschonende
58 Basis zu stellen.

59 ENERGIEWENDE IN STADT UND DORF

60 Für klimaneutrale Kommunen brauchen wir einen umfassenden Ausbau der
61 Erneuerbaren Energien, insbesondere der Solar- und Windenergie. Dafür haben wir
62 in unserem Koalitionsvertrag mit den Regierungspartnern nach intensiven
63 Verhandlungen vereinbart bis 2030 den kompletten Strombedarf des Landes aus
64 Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Hierzu sind Zubauraten von mindestens 500
65 Megawatt (MW) Wind und 500 MW PV-Leistung pro Jahr in RLP notwendig. 2022 wurden
66 aber gerade einmal 71 MW Wind und 323 MW Photovoltaik (PV) zugebaut.

67 Hinsichtlich der Windenergie wurde die im Koalitionsvertrag des Landes
68 enthaltene Verlagerung für Genehmigungsverfahren auf die Struktur- und
69 Genehmigungsdirektionen aktuell bereits umgesetzt, der Bund hat mit dem
70 Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) eine wesentliche Voraussetzung für den
71 Ausbau geschaffen. Ebenso wie das Land NRW beabsichtigen wir die darin
72 enthaltenen Fristen bis 2032 nicht auszunutzen, sondern wollen eine Ausweisung
73 von 2,2% der Landesfläche für Windenergie bis zum Ende der Legislatur umsetzen
74 indem wir Kommunen und deren Planungsgemeinschaften bei der zügigen
75 Fortschreibung ihrer Flächennutzungs- und Raumordnungspläne und Ausweisung
76 gezielt unterstützen. Dazu begrüßen wir die artenschutzrechtliche Fachplanung
77 des Klimaschutzministeriums.

78 Wir werden uns dabei auch dafür einsetzen, dass der Ausbau der Erneuerbaren
79 Energien z.B. durch kommunale Solidarpakte, Bürgerstrommodelle und
80 genossenschaftliche Beteiligung praktisch wie monetär bei den Kommunen und den
81 Menschen vor Ort ankommt. Die Agri-PV wollen wir durch Pilot-Anlagen auf
82 Landesflächen weiter fördern und die Planung von PV an Lärmschutzwände und
83 Dämmen an Bahnen und Straßen unterstützen. Für eine schnelle Energiewende ist es
84 auch wichtig, gerichtliche Verfahren zu beschleunigen. Daher müssen in der
85 Justiz die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden,
86 um Verfahrensabläufe noch schneller zu führen und abzuschließen.

87 Mit dem Solarpaket hat die Ampel-Koalition im Land einen wichtigen Schritt beim
88 Ausbau der Solarenergie im Land angekündigt. Mit der Pflicht für Solaranlagen
89 auf öffentlichen Gebäuden bei Neubau und Sanierung erfüllt die öffentliche Hand
90 eine wichtige Vorbildfunktion. Der Paradigmenwechsel, PV auf denkmalgeschützten
91 Gebäuden in der Regel zu genehmigen, ist ebenso zu begrüßen wie die deutliche
92 Anhebung des Volumens bei der PV-Freifläche auf 400 MW. Damit ermöglichen wir
93 den Kommunen vor Ort Klimaschutz umzusetzen und Wertschöpfung in der Region zu
94 generieren. Mit dem Kommunalen Klimapakt stellen wir den teilnehmenden Kommunen
95 ganz konkrete Beratung der Energieagentur zur Ausweisung von PV- und
96 Windkraftflächen zur Verfügung.

97 WÄRMEWENDE IN STADT UND DORF

98 Im Sektor Gebäude konnten die CO₂-Emissionen in RLP nur um 10,5% im Vergleich zu
99 1990 reduziert werden. Daher müssen gerade im Gebäudesektor noch erhebliche
100 Anstrengungen unternommen werden.

101 Für das Erreichen unserer Klimaschutzziele ist die Wärmewende im Gebäudebestand
102 zentral. Der Umstieg auf erneuerbare Energien im Wärmebereich schafft
103 Energiesicherheit, schützt vor absehbaren Kostensteigerungen beim Heizen mit
104 fossilen Energien und sorgt für Planungssicherheit für Investorinnen und
105 Investoren. Die Wärmewende ist nicht nur notwendig, um unsere Klimaziele zu
106 erreichen. Mit jeder Kilowattstunde aus fossilen Energien, die wir weniger
107 importieren und durch erneuerbare Energien ersetzen, machen wir uns unabhängiger
108 von unzuverlässigen Quellen, u. a. von autokratischen Staaten. Außerdem steigern
109 wir die regionale Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz vor Ort. Dem Netzausbau und
110 dem intelligenten Netzmanagement sowie den Speichertechnologien kommt hierbei
111 auch eine wichtige Rolle zu.

112 Für uns GRÜNE ist klar, dass die Wärmewende nur sozial gerecht geht. Daher
113 brauchen wir umfassende Beratung, z. B. durch die Verbraucherzentralen und die
114 Energieagentur RLP, sowie sozialgerechter Förderung bei Investitionen in
115 Erneuerbare Heizsysteme und energetische Sanierungen. Um an Gegebenheiten vor Ort
116 anzuknüpfen - nachhaltig verfügbare Bioenergie und regionale, sichere
117 oberflächennahe oder Tiefen-Geothermiepotenziale sowie industrielle Abwärme zu
118 nutzen und Wärmenetze zu bauen - muss die Wärmewende in Quartieren und
119 Dorfgemeinschaften geplant und umgesetzt werden. Mit diesem dezentralen Ansatz
120 kommt den Kommunen eine Schlüsselfunktion bei der Wärmewende zu.

121 Deshalb unterstützen wir die vom Bund geplante Verpflichtung einer kommunalen
122 Wärmeplanung für Städte und Gemeinden und fordern ein flankierendes Förder-
123 und Beratungsangebot. Die Wärmeplanung sollte hierbei möglichst digital und
124 dynamisch erfolgen. Dazu sind allen beteiligten AkteurlInnen aktuelle
125 Energiedaten datenschutz-konform zur Verfügung zu stellen. Kommunen sollen zudem
126 bei der Umsetzung von klimaneutralen Wärmenetzen, klimaneutralen Neubaugebieten
127 und der Ausweisung von Sanierungsgebieten im Bestand unterstützt werden.

128 Um auch als öffentliche Hand als Vorbild voranzugehen, fordern wir für alle
129 öffentliche Gebäude einen energetische Sanierungsfahrplan.

130 Ohne das Klimahandwerk ist eine Transformation im Energie- und Wärmebereich
131 nicht umsetzbar. Wir fordern daher eine Ausbildungs- und
132 Qualifikationsoffensive für das Klimahandwerk und einer Anpassung bei der

133 Ausbildungsvergütung. Deshalb wollen wir dort auch die Weiterbildung finanziell
134 unterstützen.

135 MOBILITÄTSWENDE IN STADT UND DORF

136 Der Sektor Verkehr mit einem Anteil von 25,2 % in 2020 an den Gesamt-Emissionen
137 in RLP ist der einzige Sektor, bei dem sich die Emissionen gegenüber 1990 sogar
138 um 4,5 % erhöht haben. Daher ist dringend eine Mobilitätswende erforderlich, die
139 in wenigen Jahren auf den Zielerreichungspfad eines klimaneutralen Sektors
140 Verkehr führt.

141 Zur Erreichung der Klimaneutralität im Verkehr brauchen wir neben klaren
142 Vorgaben zur Elektrifizierung der Antriebe beim motorisierten Individualverkehr
143 auch eine deutliche Verringerung desselben. Wir müssen den Ausbau des ÖPNV mit
144 Bahnen und Bussen forcieren, den Fuß- und Radverkehr stärken und gleichzeitig
145 Maßnahmen auf den Prüfstand stellen, die den Autoverkehr fördern, klimaschädliche
146 Subventionen beenden und klimagerechte Angebote machen. Das Deutschlandticket
147 ist ein wichtiger verkehrspolitischer Meilenstein, der den Tarifdschungel
148 auflöst und den ÖPNV einfacher und günstiger macht. Dem muss ein attraktives
149 Angebot in Bus und Bahn gegenüberstehen. Dabei muss innerhalb der Gemeinden auch
150 die „letzte Meile“ Berücksichtigung finden.

151 Dafür braucht es einen konsequenten Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur,
152 die Elektrifizierung des Schienenverkehrs und barrierefreie Modernisierung der
153 Zugänge. Dies bedeutet insbesondere eine über die bereits erfolgten Erhöhungen
154 hinausgehende Steigerung der Regionalisierungsmittel und ein mutiges Angehen des
155 Investitionsstaus im Bahnverkehr. Wir setzen uns dafür ein, wesentlich mehr
156 Mittel aus dem Landeshaushalt für einen attraktiven ÖPNV einzusetzen und
157 kommunale Initiativen zur Reaktivierung von Schienentrassen für den Personen-
158 und Güterverkehr, die eine hinreichende Wirtschaftlichkeitsperspektive
159 aufzeigen, verlässlich finanziell zu unterstützen.

160 Wir wollen keinen Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen in RLP. Statt
161 auf die Beschleunigung von Autobahnprojekten zu setzen, sollten die ohnehin
162 knappen Planungs- und Bauressourcen auf den Erhalt, Brückensanierungen und
163 die Schieneninfrastruktur fokussiert werden.

164 Wir begrüßen die Entwicklung eines Landesnahverkehrsplans unter Federführung des
165 Klimaschutzministeriums in RLP und den angestoßenen Beteiligungsprozess zur
166 Festlegung von Mindeststandards im ÖPNV. Als GRÜNE wollen wir einen
167 Mindeststandard, der den ÖPNV als echte Alternative zum MIV begreift. Der
168 Landesnahverkehrsplan sollte 2023 erstellt werden.

169 Das Deutschlandticket gilt es zu verstetigen. Damit viele davon profitieren,
170 begrüßen wir die Unterstützung von Bund und Land bei der Einführung von
171 Jobtickets und fordern eine Ermäßigung für Gruppen wie Schüler*innen,
172 Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende oder
173 Sozialhilfeempfänger*innen schrittweise einzuführen. Hierzu erwarten wir als
174 ersten Schritt zeitnah ein vergünstigtes Deutschlandticket für junge Menschen.
175 Der Bund wird aufgefordert, sich zu einer langfristigen Mitfinanzierung zu
176 bekennen.

177 Wir begrüßen, dass der Radverkehr jetzt mit Pendlerradrouten vorangebracht wird.
178 Für eine durchgreifende Mobilitätswende kann jedoch nicht allein auf die
179 Ertüchtigung oder den Bau von Radwegen gewartet werden. Stattdessen brauchen wir

180 Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbeschränkungen, Radstreifen und Schutzstreifen
181 auch außerhalb geschlossener Ortslagen. Rad- und Pedelecverkehr muss als Angebot
182 der ganzjährigen Alltagsmobilität mit größerem Radius als bisher gedacht werden.
183 Dafür braucht es eine adäquate Wegweisung und Bahn- und Busstationen müssen als
184 Knotenpunkte eingerichtet werden, sodass Räder sicher abgestellt werden können
185 und ein Umstieg zwischen Verkehrsträger erleichtert wird.

186 Von der Bundesregierung und dem Bundesverkehrsministerium fordern wir als
187 rheinland-pfälzische GRÜNE die Umsetzung eines generellen Tempolimits auf
188 Autobahnen und die Wahlfreiheit für Kommunen, über die Einführung von Tempo 30-
189 Zonen in Innenstädteninnerorts frei in den Räten entscheiden zu können.

190 KLIMASCHUTZ IN STADT UND DORF UMSETZEN

191 Klimaschutz gelingt nur, wenn er sozial-gerecht ausgestaltet ist. Unser Ansatz
192 ist dabei Lösungen aufzuzeigen, wie Städte und Dörfer klimaneutral werden
193 können. Bund, Land und Kommunen müssen dafür an einem Strang ziehen.

194 Dabei müssen wir über den heutigen Stand der Kommunalfinanzierung hinausdenken.
195 Um Kommunen zu befähigen Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, wollen wir eine
196 Regelung finden, so dass Klimaschutzmaßnahmen auch bei nicht
197 ausgeglichenen Haushalten von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden.

198 Wir wollen das Landesklimaschutzgesetz zeitnah mit dem Ziel der Klimaneutralität
199 bis 2040 fortschreiben. Dort sollen in RLP verbindliche Sektorziele im
200 Klimaschutzgesetz verankert werden. Auch die in diesem Antrag nicht explizit
201 behandelten Sektoren Industrie, Abfallwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft
202 (LULUCF). Wir wollen ein regelmäßiges unabhängiges und transparentes Monitoring
203 der Klimaszutzziele im Klimaschutzbericht auf der Grundlage aktueller Daten in
204 Verbindung mit zielorientierten Maßnahmenempfehlungen durch den
205 Klimaschutzbeirat.

206 Die mutige Kommunikation in die Gesellschaft hinein werden wir als rheinland-
207 pfälzische GRÜNE konsequent mitgestalten. Unser Auftrag ist es nicht zuletzt
208 auch die Sorgen der Menschen im Veränderungsprozess ernst zu nehmen, auf
209 Probleme hinzuweisen, dazu konkrete Antworten und Lösungen auf Bundes-, Landes-
210 und Kommunalebene zu entwickeln. Dabei bleibt es unsere Zielsetzung auch unter
211 ungünstigen Rahmenbedingungen die Klimaszutzziele einzuhalten. Es gilt jedes
212 Zehntel-Grad zusätzliche Erwärmung zu verhindern.

Begründung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben als Landesvorstand entschieden, dass wir der LDV einen alternativen Vorschlag zu K-1 (K-1-global) machen möchten. Es handelt sich hierbei technisch um einen Änderungsantrag zu K-1. Die LDV wird nach Einbringung beider Anträge entscheiden, welchen sie befassen möchte. Er enthält viele Änderungsanträge zu K-1, die ihr gestellt habt. Wir haben viele Vorschläge unverändert eingearbeitet, einiges modifiziert eingearbeitet und lediglich sechs Anträge nicht einbezogen. Ihr könnt bis 21.06.2023 23:59h noch Änderungsanträge an K-1-global stellen. Damit ist sichergestellt, dass, sollte die LDV sich für die Behandlung von K-1global entscheiden, eine Behandlung eurer Änderungswünsche ebenfalls möglich ist.

Wir haben dieses Vorgehen gewählt, um die Koordination von Änderungsanträgen zu vereinfachen. Es ist viel Zeit und Leidenschaft von vielen engagierten Personen in diesen Antrag geflossen. Wir wollen einen ordentlichen Abschluss auf der LDV garantieren.

Eine Übersicht zu den Änderungsanträgen und ihrem Eingang in K-1-global findet ihr hier:

<https://ldv-2023-idar-oberstein.antragsgruen.de/ldv-2023-idar-oberstein/documents>

Liebe Grüße,

Natalie & Paul